

Zum Grundsatzprogramm der CDU 2024

Sieben Kurzthesen zur historischen Einordnung

Michael Borchard

Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2024, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Gestaltung und Satz: yellow too, Pasiak Horntrich GbR

Satz: Franziska Faehrich

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Zum Grundsatzprogramm der CDU 2024

Sieben knappe Thesen bzw. sieben Fragen zur historischen Einordnung des neuen Grundsatzprogramms.

Die erste These setzt „globalgalaktisch“ an: Ist die CDU denn nun eine Programmpartei oder nicht? Niemals fehlen in der allgemeinen Debatte Stichwörter wie Kanzlerwahlverein, Machtmaschine CDU, etc. Man beschäftige Menschen mit Programmen, „damit sie ansonsten kein Unheil anrichten“, sagt ausgerechnet der Programmmacher Kurt Biedenkopf, der ja selbst aktiv am Programmprozess 1978 mitgewirkt hat. Dass viele Persönlichkeiten in der CDU immer ein ambivalentes Verhältnis zu Programmen hatten, hat was mit dem Gründungsgedanken der Partei zu tun: Die CDU war angetreten als Antwort auf extreme Ideologien von links und rechts, mit dem Ziel in Spannung zueinander stehende Werte und Haltungen zu einem gerechten Ausgleich zu bringen; Breite und Integrationskraft gegen programmatische Zuspitzung. Es stimmt aber auch der legendäre Satz des nicht minder legendären früheren KAS-Chefs Bruno Heck: „Die CDU war Programm ehe sie sich ein Programm gab“. In dem Satz sind gleich mehrere Schichten enthalten, die direkt auf das Grundsatzprogramm 2024 verweisen: Das was gelegentlich die „Doppelstruktur der Programmatik“ der CDU genannt worden ist: Grundsätzliche Entscheidungen (wie die Westbindung), also Pragmatik und Programmatik verknüpfen sich zu einem Seil und ergeben ein Ganzes auf der Basis des christlichen Menschenbildes, das wiederum den Ausgangspunkt aller Grundsatzenerwägungen der Partei bildet.

Zweite These: „Erst vier Programme“ schreibt die Welt nach der Verabschiedung des 2024er Programms letzte Woche mit Betonung auf „ERST“? Ist das denn nun viel oder wenig? Da hilft vielleicht der Blick auf die anderen Parteien. Mit einer Ausnahme ist keine Partei „grundsatzprogramm-wütig“. Bei der SPD der Nachkriegszeit sind es bis dato drei Grundsatzprogramme 1959, 1989, 2007. Nummer vier lässt noch auf sich warten. Wenngleich deutlich jünger als die CDU haben auch die Grünen mit 1980, 1993, 2002 und 2022 bereits vier Grundsatzprogramme ins Leben gerufen. Der Spitzenreiter sind die Freien Demokraten mit insgesamt sechs Grundsatzprogrammen: 1957, 1971, 1977, 1985, 1997 und 2012. Die kurzen Intervalle hingegen dort, honi soit qui mal'y pense, sind vielleicht auch Ausdruck der gelegentlichen Kurswechsel der Liberalen. Die Linke und die AfD bleiben aus naheliegenden Gründen hier mal außen vor. Auffällig sind ähnliche Zeiträume, ähnliche Wendepunkte. Das ist Ausweis der Stabilität zumindest des herkömmlichen Parteiensystems.

Die dritte These oder mehr eine Frage: Wozu überhaupt Grundsatzprogramme? Programme sind, so Norbert Seitz in einem Feature für den Deutschlandfunk, zumeist gar nicht wirklich „richtungsweisend“, sie dienen vor allem der Selbstverortung. Wirklich?

Die zeitlose Definition von Programmpapst Heiner Geißler von 1978 darf nicht fehlen:

*„1. Das Grundsatzprogramm muss die wesentlichen gemeinsamen Überzeugungen der CDU beschreiben, damit das Profil der Partei erkennbar ist. **Dies ist seine klarstellende Wirkung nach außen.** Die Bevölkerung will wissen, wo wir stehen. (...)*

*2. Das Grundsatzprogramm muss den Zusammenhalt der Partei stärken. Es muss sie einigen. **Dies ist seine integrierende Wirkung nach innen.** Integration geschieht aber nicht durch Addition der Teilansichten. Wer es allen recht machen will, macht alles falsch. (...) Wir müssen den Nachweis führen, daß die CDU nicht eine Dachorganisation von Interessenverbänden ist, sondern eine Volkspartei. Dies wird uns gelingen, wenn wir alle Forderungen an der Elle unserer gemeinsamen Grundüberzeugungen messen.*

*3. Das Grundsatzprogramm muss anwendbar sein; und zwar für die Zeit, in der es gemacht wird und für eine voraussehbare Zukunft. **Dies ist seine aufgabenorientierte Wirkung für das politische Handeln.** Die Devise des Grundsatzprogramms kann nicht lauten: was ihr wollt. Sie muß heißen: was die Menschen bewegt.“*

Das Zitat hat immer noch brennende Aktualität.

Meine **vierte Frage**: Gerade der zweite Punkt von Geißler: Wirkung nach innen oder sprichwörtlich - Der Weg ist das Ziel – wirft die Frage auf: Wie hat sich der Beteiligungsprozess hier dargestellt und was hat das für die Zeit bedeutet, die dafür aufgebracht werden musste und wo ordnet sich das 2024er Programm hier ein.

Der Programmprozess 1978 hat sich den Luxus geleistet, ganze sieben Jahre zu diskutieren. Zur Wahl 1976 war das Programm im Entwurf fertig, dann erlaubte man sich noch einmal zwei Jahre Debatte – auch auf dem Grundsatzkonvent, den der 2024er Prozess als Idee aufgegriffen hat.

1994 nahm der Prozess fast vier Jahre in Anspruch, aber mit dem Wechsel der Verantwortlichen während des Prozesses von Lothar de Maizière auf Reinhard Göhner. Der eigentliche Programmprozess war dann viel kürzer.

2007 waren nur zwei Jahre Zeit, 2024 ebenfalls. Was die Beteiligung angeht, so gab es 2024 viele Bemühungen wie die Mitgliederumfrage, aber besonders wichtig war der kluge Ansatz, die bisherigen Fachausschüsse aufzubrechen und durch die Fachkommissionen mit Basis- und Expertenbeteiligung zu ersetzen, der sich als kluger Schachzug erwiesen hat. Trotz der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit sind auf diesem Weg viele Sätze ins Programm gelangt, die von der Basis und Fachleuten kamen.

Die **fünfte Frage** schließt gut an. Sie lautet: Grundsatz versus Wahlprogramm? Langfristperspektive versus Zeittypik? Wie grundsätzlich ist das Programm von 2024? Und wie ordnet es sich im Vergleich mit den anderen Programmen ein?

Sehr oberflächlich betrachtet, könnte man sagen: Freiheit ist auf jedem Titel der vier Programme, aber nur die beiden Programme von 2007 und 2024 nehmen den Begriff der Sicherheit hinzu.

Sehr oft ist im Zusammenhang mit dem neuen Programm gesagt worden, es beziehe sich stark auf das Ludwigshafener Programm: 2024 als das neue 1978? Die Ähnlichkeiten sind frappierend: Inhaltliche Verunsicherung nach einer großen Koalition; ein gewisser Verlust der Anschlussfähigkeit an neue soziale Bewegungen. Aber alle Vergleiche haben gemein, dass sie hinken: 1978 markiert anders als 2024 eine epochale Wende für die CDU von der Honoratiorenpartei zur Mitgliederpartei. Auch wenn die immer wieder zitierte These der „zweiten Parteigründung“ absurd ist, weil zu viele Kontinuitäten der Adenauer-Zeit geblieben sind, gilt: Kohl und die Jungen Wilden krepeln 1978 die Partei um und modernisieren sie massiv. Deshalb ist und bleibt das erste Programm fast zwangsläufig auch das epochalste Programm der Partei.

1994 ändern sich die Vorzeichen: Beim Einigungsparteitag fordern die Ostverbände mehr Berücksichtigung. Helmut Kohl aber macht das klassische Dilemma klar, dass bei Programmprozessen in Regierungszeiten herrscht und sagt sinngemäß zu Lothar de Maizière: „Mach mir ein anständiges Programm mit dem ich die Wahl gewinnen kann.“ Reinhard Göhner will diesen Wunsch nach dem Abtritt von de Maizière erfüllen. Er steht dabei aber massiv unter dem Eindruck des Rio-Prozesses 1992. Neben die innere Einheit tritt deshalb als wichtiges Thema die Bewahrung der Schöpfung. Der Kerngedanke des Programms war: Die ökologische Soziale Marktwirtschaft. Der Gedanke reüssiert nicht wirklich im erwarteten Ausmaß, weil die herrschende Meinung in der Partei - zugespitzt formuliert - war: Die Soziale Marktwirtschaft ist so stark, dass sie keine neuen Attribute braucht. Weiterführend an diesem Programm ist allerdings bis heute die ausgestreckte Hand zu den Nichtchristen.

2006 spielen beim nächsten Beginn des Programmprozesses zwei Erfahrungen eine Rolle: Der 11. September und ein Experiment, das nicht zum Erfolg geführt hat. Der Leipziger Parteitag, mit dem Angela Merkel ihren marktliberalen Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen aber auch wirklich überfällige Reformen angehen wollte. Nicht nur, dass die harte Reformlinie auf Widerstand stieß, sondern auch dass sie von oben über die Partei kam. „Ausgleich und Mäßigung bei schleichender Veränderung. Das ist die Rückkehr zum eingeübten Erfolgsprogramm der CDU“, schreibt Volker Resing. Der Trend zum Ausgleich und gesellschaftlichen Mainstream, der dem Programm vorgeworfen worden ist, Wulf Schönbohm sprach etwas gehässig von der „scheinliberalen Politischen Mitte-Soße“, setzt sich auch in der Länge des Programms fest, das den Versuch unternimmt besonders integrierend und umfassend zu sein. Es ist mit fast 120 Seiten das bislang längste Grundsatzprogramm und übrigens das einzige Programm, das am Ende nicht einstimmig verabschiedet worden ist, was aber auch im positiven Sinne interpretierbar ist: Es war zu Beginn der Regierungszeit von Angela Merkel eine beachtliche Leistung, widerstreitende Strömungen in der Partei zu einen. Zum Vergleich: 1978 waren es 62 Seiten und rund 152 inhaltliche Paragraphen. 1994 waren es 110 Seiten, aber nur 162 Einzelforderungen. 2007 waren es wie gesagt: Fast 120 Seiten und gewaltige 370 Einzelparagraphen. 2024 geht dann „back to the roots“ mit 82 Seiten und 194 Einzelforderungen.

Gleichwohl enthielt das Programm 2007 spürbare Modernisierungsschritte, die einen ganz wichtigen Hinweis geben, was den Kern des neuen Programmes angeht: Volker Resing verweist darauf, dass die Neuorientierung in der Ausländerfrage die „Mutter aller Modernisierungen der Ära Merkel“ sei. Im 2007er Programm ist das bereits angelegt, was nun im 2024er Programm explizit herausgearbeitet wird. Das Bekennt-

nis zu einer deutschen Leitkultur, das hier nicht so prominent wie 2024, aber doch recht deutlich vertreten ist. Insofern ist eines der Herzstücke des neuen Programms nicht völlig neu: Auch 2007 gab es einen etwas migrationskritischen Ansatz. Das relativiert auch den Satz von Friedrich Merz auf dem Parteitag etwas, dass das Programm von 2007 auf wesentliche Fragen keine Antworten mehr gäbe. Ebenso widerlegt das partiell die These, das sei nun die völlige Abkehr von der Merkel-Ära. Neu ist in diesem Zusammenhang sicher als Ansatz die Drittstaatenregelung, deren Lösungsvorschläge noch der Überprüfung bedürfen und über die trefflich gestritten wird, die aber wenigstens die Mühe unternimmt, einen neuen Ansatz aufzuzeigen.

Sechste Frage: Was ist wirklich neu und zeittypisch 2024? Sehr auffällig ist: Die außen- und sicherheitspolitischen Fragen standen immer am Schluss des Programms. Diesmal stehen sie an der Spitze des inhaltlichen Teils. Selten waren diese Fragen so prominent platziert im Programm. Niemals zuvor hat sich im Übrigen ein Programm einer politischen Partei so explizit zu Israel bekannt.

Nach den Erfahrungen von „Leipzig“ formuliert das Programm zwar ausgleichender und vorsichtiger, aber es buchstabiert vor dem Hintergrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen die Klassiker „Wohlstand für alle“ und „Eigentum für alle“ vor der Schablone der Digitalisierung und des Klimawandels, sowie der chinesischen Systemkonkurrenz noch einmal neu aus: Wirtschaft-, Klima und Energiepolitik als Gesamtpaket; Markt und nicht Verbote als Innovationstreiber; Arbeit als Tugend.

Abschließende **These sieben** und mit Blick auf den Vorwurf, das Programm sei eine Umkehr zu 1978 oder eine Abkehr von Angela Merkel der wichtige Hinweis auf die unideologische Anpassungsfähigkeit der Partei: Insgesamt wird auch dieses Programm das erfüllen, was Günter Bannas treffend so beschrieben hat: „Die CDU ist eine Partei politischer Häutungen – von Adenauer über Kohl bis Merkel. Ihre Fundamente, das christliche Menschenbild und das Ja zu Europa, bieten viel Raum dafür, alten Gewissheiten zu entsagen.“

Damit verweist er auf die Bruchkanten, nach denen die Medien immer akribisch suchen, aber eben auch auf die Kraft der Kontinuitäten. Eine Mischung, die die CDU zu dem gemacht hat, was Andreas Rödder „Staatspartei“ genannt hat. Das setzt voraus, dass die CDU eben diese Wegmarken der Kontinuität immer wieder neu identifiziert, diskutiert, verbindlich festschreibt und mit Impulsen für die Zukunft verbindet. Der Satz, den Richard von Weizsäcker zum Grundsatzprogrammprozess 1978 gesagt hat, bleibt zeitlos gültig: „Grundsätze sind kein selbsttätiger Besitz; sie werfen eben nicht automatisch politische Zinsen ab, von denen sich gut leben lässt. Vielmehr sind sie nur dann lebendig, wenn wir sie uns in der ganzen Partei immer von neuem zueigen machen“. Das ist in der letzten Woche in Berlin gut gelungen. An das 1978er Programm kann nichts heranreichen, aber dass das 2024er Programm bislang eine ähnlich gute mediale Resonanz findet, ist wenigstens vielversprechend.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Michael Borchard

Leiter Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/
Archiv für Christlich-Demokratische Politik

T +49 30 / 26 996-3581

Michael.Borchard@kas.de

